

# Der Volksstaat

Abonnementpreis für ganz Deutschland 12. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 1ten u. 15ten Monat und auf den 1ten Monat besonders angenommen; im Kgr. Sachsen u. Herzogth. Sachl.-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 64 Pf.

Erscheint in Leipzig Mittwoch, Freitag, Sonntag. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten u. Buchhandlungen des In- u. Auslandes. Filial-Expeditionen für die Vereinigten Staaten: F. A. Sorge, Box 101 Hoboken, N. J. Peter Haß, S. W. Corner Third and Coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 21. Sonntag, 21. Februar. 1875.

## Die Millionäre und das Volkseinkommen in Preußen.

Die düstern Zahlen, die der preussische Finanzminister v. Camphausen in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 19. Januar über die große Zahl der Nicht-Klassensteuersfähigen im preussischen Staat gab, erhalten erst ihre wahre Bedeutung, wenn wir sie mit der Zahl der Personen in Preußen vergleichen, die auf den höchsten Stufen menschlichen Uebelstandes sich befinden.

Durch die Zeitungen geht die Notiz, daß es in Preußen 49 Personen gibt mit einem Vermögen von je 1 Million, 37 mit einem solchen von je 1,300,000, 124 mit je 1,600,000, 14 mit je 2,000,000, 13 mit je 2,400,000, 3 mit je 2,800,000, 3 mit je 3,200,000, 4 mit je 3,600,000, 2 mit je 4,000,000, 10 mit je 4,800,000, 2 mit je 5,200,000, 1 mit 6,000,000, 1 mit 7,600,000, 1 mit 9,600,000, 1 mit 10,000,000, 2 mit je 12,000,000, 1 mit 14,000,000, 1 mit 33,600,000 Thlr. Zusammen 169 Millionäre mit einem Vermögen von 398,300,000 Thlr. Die beiden zuletzt erwähnten sind Rothschild und Krupp.

Im Verhältnis zu diesem Vermögen beziehen die 169 Personen ein Einkommen von rund 20 Millionen und jeder durchschnittlich jährlich 118,340 Thlr.

Nach der Mitteilung des Finanzministers gibt es in Preußen 6,084,263 Personen, die ein jährliches Einkommen von unter 140 Thlr. haben, und 223,243 Personen, die zwar 140 Thlr. Einkommen besitzen, aber nicht leistungsfähig sind, also ebenfalls von der Steuer befreit bleiben mußten. Das sind 6,257,500 Personen, die in der allerdürftigsten Lage sich befinden. Nehmen wir an, daß das Durchschnittseinkommen dieser 6 1/2 Millionen erwachsener Personen sich auf 120 Thlr. per Kopf beläuft, was eher günstig als ungünstig angenommen ist, so haben die 169 Millionäre so viel Einkommen als 166,666 aus der ärmsten Klasse, und jeder einzelne von ihnen so viel als 986 Personen der ärmsten Klasse.

Das Verhältnis würde noch viel ungünstiger sein, wäre das Vermögen der Reichen und Millionäre eben so leicht abzuschätzen, oder würde es bei diesen nur eben so streng genommen, wie bei den armen Tausend. Daß Rothschild nur ein Vermögen von 14 Millionen, und Krupp ein solches nur von 33 1/2 Millionen haben soll, wird von Sachverständigen sehr bezweifelt. Vor einiger Zeit wurde Krupps gesamtes Vermögen auf über 100 Millionen angegeben, und bedient man, daß der Mann 18,000 Arbeiter beschäftigt und sicher auch viele Millionen in Papieren fest liegen hat, so ist dies nicht unwahrscheinlich. Nach der oben angeführten Berechnung würde sich das Krupp'sche Einkommen jährlich auf 1,680,000 Thlr. belaufen. Gewiß eine sehr hübsche Entschädigung für die „Sorge“ und „Mühe“ des Herrn Krupp, aber sicher weit von der Wahrheit entfernt, wie wir gleich beweisen wollen.

Nehmen wir an, daß diese 1,680,000 Thlr. Krupp'sches Jahreseinkommen rein aus seinen industriellen Unternehmungen, in denen er die 16,000 Arbeiter beschäftigt, resultieren, daß er also keine Eisenbahn-, Bergwerks- oder sonstige Aktien besäße, so würde jeder der 16,000 Arbeiter ihm durchschnittlich jährlich 105 Thlr. einbringen. Wenn jeder Krupp'sche Arbeiter durchschnittlich 260 Thlr. verdient, würde das ein Profit von 38 1/2 Prozent der Löhne jedes Arbeiters sein.

Gläubt oder in ganz Deutschland ein Mensch, daß Herr Krupp, der seine Fabrikate ausgezeichnet bezahlt bekommt und, wie der Abgeordnete Berger ihm im Reichstag nachrechnete, in Folge des Monopols, das er bei der Geschloßfabrikation besitzt, Millionen Thaler Extra-Verdienst hat, mit 38 1/2 Prozent Nutzen des Lohnbetrags seiner Arbeiter sich begnüge? 50 Prozent der Löhne ist der Nutzen, mit dem der Fabrikant in der Regel produziert; er trägt aber auch sehr häufig 100 und weit mehr Prozent, und wir glauben, daß Herr Krupp mit nicht geringerem Nutzen vorlieb nimmt. Es zwingt ihn ja Niemand, er hat keine Konkurrenz und hat die Regierungen zu Kunden, die ihm keinen Pfennig vom beabsichtigten Preis abziehen, und bei denen ihm kein Pfennig Verlust entsteht.

Was von Herrn Krupp gilt, gilt mehr oder weniger von seinen Mitmillionären und allen reichen Leuten. Sie können mit Vermeidlichkeit einen großen Theil ihres Einkommens der Besteuerung hinterziehen, und daß es in sehr umfangreichem Maße geschieht, haben die Erklärungen des sächsischen Finanzministers seiner Zeit gezeigt. Es liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß die preussischen Kapitalisten mehr Eifer besitzen, dem Kaiser zu geben was des Kaisers ist — um einmal die Bibel sprechen zu lassen — als ihre sächsischen Klassengenossen. Die Pflichten gegen den Staat gewissenhaft zu erfüllen, ist eine Regel, die nur für den Plebs gepredigt, von den Predigern selbst aber nicht beobachtet wird. Da geht wie bei der Religion: Handelt nach meinen Worten und nicht nach meinen Werken!

Würde die Abschätzung des Vermögens streng genommen, die Zahl der Millionäre im preussischen Staate würde noch eine weit größere sein, und jeder der jetzt vorhandenen weit höher abgeschätzt werden. Aber auch die vorliegenden Zahlen genügen, um den ungeheuren Abstand darzutun, der zwischen Arm und Reich, zwischen Volk und Bourgeoisie, zwischen den Arbeitsbienen und den Drohnen der Gesellschaft besteht.

Wer einigermaßen gesundem Verstand besitzt, muß einsehen, daß diese Zuspitzung der Gesellschaft in immer schroffer sich gegenüber stehende Klassen ihren Höhepunkt zu erreichen beginnt. Hier giebt's kein Vertuschen mehr, hier hilft nur ein Mittel — die allgemeine Expropriation, der Uebergang aller Arbeitsmittel und

Arbeitswerkzeuge in die Hände der Gesamtheit und die Organisation der gesellschaftlichen Produktion und Consumption.

Die wenigen Reichen schmelzen und die Massen hungern. Die Bourgeoisie wird immer reicher und das Volk immer ärmer. Und hören wir den Minister Camphausen, der in Folge seiner amtlichen Stellung die traurige Lage der großen Volksmehrheit nur zu gut kennt, so giebt es nur ein Mittel der Noth abzuhelfen — die Löhne herabzusetzen!

Nie ist ein frevelhafteres Wort aus officiellen Munde von der Tribüne der Volksvertretung herab dem arbeitenden Volke ins Ansehn geschleudert worden. Der beispiellose aber künstliche industrielle Aufschwung der letzten Jahre, den allein unsere nach Reichtum gierige Bourgeoisie hervorgerufen; der unerhörte Schwindel, den sie mit skitiven Werthen getrieben, hat ihr die Taschen bis zum Ueberlaufen gefüllt. Aber den notwendigen Weise darauf folgenden Krach, der ganze Schichten der Gesellschaft in den Abgrund schleuderte, der allgemeine Noth und Brodlosigkeit erzeugte, — den sollen die an allem Diesem gänzlich unschuldigen Arbeiter ausbaden.

Herr Camphausen hat die officiellen Steuerlisten in der Hand. Er weiß, daß von 8,900,000 für ihr Einkommen selbstständig sorgenden Preußen nicht weniger als 6,255,000 unfähig sind, die geringste Staatssteuer zu bezahlen, und er weiß, daß diese Zahlen gerade aus der Periode stammen, wo nach Ansicht unserer gesellschaftlichen Schönfärber die Löhne „unverhältnismäßig“ gestiegen waren. Wie kann er es gegenüber diesen Zahlen dennoch wagen, die verbreiteten Unwahrheiten über die angeblich vortreffliche Lage der arbeitenden Klasse zu unterstützen, indem er der Bourgeoisie officiell und öffentlich die Lohnreduktionen anrät?

Dieser kann glaubliche Widerspruch erklärt sich, wenn man erwägt, daß Herr Camphausen, wie alle unsere Staatslenker, zu der Klasse von Leuten gehört, die von Drogen auf gewohnt sind, es als selbstverständlich anzusehen, daß das Volk sich für ihr Interesse abschniden und abarbeiten müsse, und welche die Ansicht haben, daß jeder Thaler, den sie von ihrem Aufgespeicherten in Folge schlechter Konjunktur verlieren, durch härteren Druck auf das arbeitende Volk ersetzt werden müsse.

Herr Camphausen gehört selber — gleich verschiedenen seiner Kollegen — zu den 169 Millionären des preussischen Staates; er ist unverbesserlich und hat keine Kinder — wenigstens keine „rechtmäßigen“ —; als preussischer Minister bezieht er 12,000 Thaler jährliches Gehalt und besitzt eine prächtige wirthschaftliche Wohnung; da begreift sich, daß er für die armen Kapitalisten in Sorge ist und ihnen die Lohnreduktion gegenüber ihren Arbeitern empfiehlt. Was sollte aus ihm, was aus den Tausenden der andern bedauerenswerthen Geldmänner werden, wenn statt der 16 oder 20 Prozent Dividende es nächstes Jahr nur die Hälfte oder vielleicht noch etwas weniger setze? Das darbenbe Volk mit seinem Einkommen von unter 140 und nicht viel über 140 Thaler mag sehen, wo es bleibt. Es ist ans Hungern gewöhnt. Hat es keine Butter mehr zum Brod, dann begnügt es sich mit Salz, und mangelt ihm auch das Brod, ist es Kartoffeln, oder legt sich ruhig hin und — stirbt Hungers.

In Oesterreich fordert der Kaiser den Wiener Polizeipräsidenten an, ihm Bericht zu erstatten, weil er von dem allgemeinen Elend gehört. Der Bericht wird keine Folge haben, aber er zeigt doch den guten Willen und stellt doch fest, daß man sich der Noth des Volkes bemußt ist. In Preußen-Deutschland ignorirt man die am hellen Tage liegende Noth, ja man steigert sie, indem man die Lohnherabsetzung officiell empfiehlt.

Die Arbeiter wissen jetzt wenigstens, woran sie sind, mögen sie die Lehre nie vergessen!

## Politische Uebersicht.

— Fabrikanten und Fabrikinspektoren. In der Gruppe (Commission) des preussischen Landtages, welcher die Vorberatung des Etats des Ministeriums für Handel und Gewerbe überwachen worden, kam kürzlich die Frage von der Einführung der Fabrikinspektoren in alle Theile der Monarchie zur Sprache. Man berichtet darüber: „Seitens des Regierungsausschusses wurde die Nothwendigkeit dieser allgemeinen Einführung erwiesen und namentlich hervorgehoben, daß es Aufgabe dieser Beamten sein müsse, auch darauf zu achten, daß für die Arbeiter auch in sanitärer Beziehung Sorge getragen werde. Aus diesem letzteren Grunde würde es sich daher empfehlen, für diesen Posten namentlich Aerzte zu wählen, welche wegen der ihnen innewohnenden Erfahrungen die geeignetsten Maßregeln ergreifen könnten, etwa vorhandenen Mängeln abzuhelfen. Von Seiten der zum Handelsstande gehörenden Mitglieder der Gruppe wurde dem entgegengehalten, daß eine allgemeine Einführung des Instituts der Fabrikinspektoren doch bedenklich erscheine und leicht eher Nachtheil als den gehofften Vortheil erzielen könnte. Ebenso könnte man sich der Ansicht nicht anschließen, daß zu dem in Rede stehenden Amte Mediziner mit Vortheil zu verwenden seien. Das eigene Interesse der Fabrikanten gebiete es schon, die Einrichtungen in ihren Fabriken, so viel als dies mit dem Fabrikationsbetrieb sich vereinbaren lasse, so weit als thunlich den gesundheitlichen Bedürfnissen ihrer Arbeiter anzupassen, denn einem jeden Fabrikanten müsse doch daran gelegen sein, so wenig als möglich einen Wechsel in dem Arbeiterpersonal herbeizuführen, was allerdings unbedingt geschehen würde, wenn die Arbeiter in Folge der gesundheitsgefährlichen Anlage der Fabrikräume häufigen Krankheitsfällen ausgesetzt würden. Das Institut der Fabrikinspektoren sei für gewisse Verhältnisse vollkommen am Platze, aber nicht

überall anwendbar. — Die Frage wird, wie man hört, noch des Weiteren bei der Plenarberatung des Etats zur Besprechung gelangen.“

Das der Bericht. Wir glauben es gern, daß das Institut der Fabrikinspektoren, wenn sie nicht bloß Strohmänner sind, den ausbeutungslustigen Fabrikanten „eher Nachtheil als Vortheil“ bringen würde. Das Gesändnis kennzeichnet die sauberen Herren. Und noch schärfer kennzeichnet sie der ausgesprochene Widerwille gegen die Ernennung von Aerzten zu Fabrikinspektoren. Sie selber, die Herren Bourgeois, wollen den Fabrikbetrieb „soweit es thunlich“, das heißt, so weit es die „Profite“ nicht schmälert, „den gesundheitlichen Bedürfnissen ihrer Arbeiter anpassen“, kein Fachmann soll aber kontrolliren, wie die „gesundheitlichen Bedürfnisse“ bei dieser Anpassung wegzommen. Jedenfalls sind wir den „zum Handelsstand gehörenden Mitgliedern der Gruppe“ für ihre Aufrichtigkeit zu Dank verpflichtet: sie haben die Unvereinbarkeit der heutigen Produktion mit den einfachsten Forderungen der Menschlichkeit demonstret, und damit Zeugnis abgelegt für die Berechtigung, für die Nothwendigkeit des Sozialismus.

— In dem jetzt von dem verunglückten Lindwurm redigirten „Insterburger Bürger- und Bauernfreund“, der nun gegen den Sozialismus seine Faghe erhoben und gegen ihn zu Felde zieht, lesen wir unter der Rubrik: „Volkschullehrer-Gehalt“ Folgendes:

„Die Position für die Alters-Zulagen der Volksschullehrer wird im Etat für 1875 bedeutend erhöht werden. Zu der bisher ausgeworfenen Summe für diesen Zweck von 1,100,000 Thlr. wird dieses Mal wieder eine Million hinzutreten, so daß die Bewilligung des Landtages vorausgesetzt, woran indessen wohl nicht zu zweifeln ist, dem Herrn Minister für 1875 1,100,000 Thlr. zu Alterszulagen zur Disposition stehen werden. Dadurch wird der jetzige Maximalsatz der Alterszulagen von 60 Thlr. auf ca. 80 Thlr. erhöht werden.“

Er, wie herrlich, Herr Lindwurm! Also von 60 auf 80 Thlr., also um ganze 20 Thlr., sage zwanzig Thaler, sollen die Alterszulagen der Volksschullehrer erhöht werden. Nun werden doch gewiß die armen Lehrer glücklich und zufrieden sein, sie werden in einem Meer von Seligkeit schwimmen und Hosannah singen und den Schreien wird endlich einmal das gottlose Maul gestopft sein. — Wir richten aber an den „Molke des Kulturkampfes“, den Herrn Unterrichts-Minister Fall, die bescheidene Anfrage: Wie lange muß ein Lehrer „gebiet“ haben, um dieser hohen Alterszulage theilhaftig zu werden? Wahrscheinlich so lange, bis er sagen kann:

„Dich beweinent zum Grabe hin trag' ich Meine Ehr' und dies schmerzhafte Haupt.“

— Gleiches Recht für Alle! Man schreibt uns aus Danzig: Auf der hiesigen Kaiserl. Königl. Werst wurden alle Arbeiter über 60 Jahre zum 1. Ober-Schiffbauinspektor befristet, um die erbauende Nachridt zu empfangen, daß sie mit dem 1. April d. J. entlassen seien. Einer, der bei seinen 64 Jahren noch rüstig genug befunden wurde, um arbeiten zu können, darf bleiben, die Andern befristeten den guten Rath, eine Eingabe an das Ministerium zu machen. Auf die Frage, von wem der Erlaß ausgehe, erhielten die Arbeiter von dem Ober-Schiffbauinspektor die Antwort: „Dies sind Fragen, die ich nicht beantworten kann.“ Wenn diese Arbeiter, die doch auch für den Staat wirken, weggejagt werden, müßten da nicht auch verschiedene höhere und sehr hohe Beamte des Staats, die auch 60, ja hoch in den 70er Jahren sind, weggejagt werden, Beamte, die bei sehr hohem Gehalte dem Staate weit weniger Nutzen bringen als der Arbeiter? Was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig!

— Denunziantengesindel. Das traurigste Zeichen unserer „sittlichen Verkommenheit“ ist das Ueberhandnehmen des Denunziantenthums. Man kann nirgends mehr ein freies Wort reden, ohne Gefahr zu laufen, von einem gestimmungstüchtigen „nationalen“ Schuft denunziert zu werden. So schreibt z. B. der „Mainzer Anzeiger“ d. d. 15. d. M.:

„Der Faktor unserer Druckerei, welcher wegen einer Aeußerung, die er in der Trunkenheit im Eisenbahncoupe gethan haben soll, in Folge der Denunziation eines preussischen Vicefeldwebels in Wiesbaden zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt wurde, muß heute seine Strafe antreten, da zwei an den Kaiser gerichtete Gnadengesuche abschlägig beschieden worden sind. Der Verurtheilte hat acht Kinder, denen inzwischen der Ernährer fehlt.“

Das Widerlichste ist: statt daß solch niederträchtiges Denunziantengesindel gelincht oder doch wenigstens angepöckelt wird, gilt das Denunziantengeschäft heutzutage für „ehrlieh“, für „verdienstlich“, für „patriotisch“. Ach — die Franzosen, sie haben ihre „Revanche“!

Herr Schulze in Mainz ist unzweifelhaft „ein ehrenwerther Mann“, und erfüllte nur eine patriotische Pflicht, als er folgenden Correspondenzen für die „patriotische“ Presse anfertigte:

„Vom Mittelrhein, 6. Februar. Wieder hat der Abgeordnete Liebknecht gelegentlich des Landsturmgesetzes im Reichstage eine jener perfiden\*) Reden gehalten, die seinem eigenen Eingeständnisse nach nicht an die Adresse des Reichstages, sondern an die des „Volkes“, nämlich desjenigen Theiles desselben, den Hr. Lieb-

\*) In einigen Blättern ist dies Wort weggelassen worden.

knacht hierunter versteht, gerichtet sind. Kein Mitglied des Reichstages hat es der Mühe werthgehalten, auf die Liebknecht'schen Paratzen zu antworten; vielleicht mit Recht, da in der That ein starkes Stück Selbstüberwindung dazu gehören mag, auf solche Dinge überhaupt einzugehen. Die Presse hingegen sollte unseres Erachtens keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne die sozialdemokratischen Auslassungen als das hinzustellen, was sie sind. Herr Liebknecht hat nach dem stenographischen Berichte gesagt:

Die Volksbewegung in Frankreich, über die man jetzt so geringschätzig urtheilt, hat der deutschen Heeresleitung eine solche Furcht eingebläht, daß man zu den entsehltesten Repressalien gegriffen hat; man hat diejenigen, die nur daselbst gethan haben, was die Deutschen 1813 thaten, einfach erschossen, man hat sie nicht als ehrliche Soldaten behandelt, die als Patrioten handelten, sondern als Banditen . . . .

Wir wollen einmal annehmen, diese ganze Darstellung wäre materiell richtig; selbst die heimtücklichsten Ueberfälle durch Leute, welche in keiner Weise einem Armeekorps angehört, ließen sich als das Verfahren ehrlicher Soldaten, die als Patrioten „handeln“, charakterisiren, und in Deutschland sei 1813 das Nämliche vorgekommen. Schwerlich werden sich Viele finden, welche diese beiden Sätze als richtig anerkennen. Aber selbst Beides zugegeben, so enthält dennoch die Liebknecht'sche Darstellung eine wahrhaft abscheuliche Unschicklichkeit. Dieser brave Patriot hält es nämlich nicht für nöthig, darauf hinzuweisen, wie denn die Franzosen 1813 die deutsche Volkserhebung behandelt haben — wie selbst das ordnungsmäßig organisirte Págon'sche Corps als „Briganden“ betrachtet und trotz des Waffenstillstandes in niederträchtigem Ueberfalle zerstreut wurde; wie die empörrten Städte Lüneburg und Hamburg und das hanseatische Freicorps behandelt wurden; zu Schweigen von dem Verfahren gegen die Tiroler und gegen die Schill'schen Offiziere 1809! Und doch, wäre in diesem Eristenz- und Verzweiflungskampfe deutscherseits manches geschehen, was sich sonst nicht rechtfertigen ließe, so dürfte man mit gutem Gewissen ein Auge zudrücken; nicht so in Frankreich, wo lediglich der nationale Hochmuth billigen Friedensbedingungen die Fortsetzung des guerre á outrance\*) vorzug. Herr Liebknecht ist freilich umgekehrt der Ansicht, daß dem edlen Frankreich unter allen Umständen Dinge erlaubt seien, die sich keine andere Nation herausnehmen darf. Bringt doch sein Blatt, der „Volksstaat“, gegenwärtig eine Heintleton-Erzählung aus dem deutsch-französischen Kriege von dem „deutschen“ Schriftsteller Lübeck, in welcher die französischen Bauern davon erzählen, wie in Deutschland zur Zeit des Rückzuges aus Rußland französische Bewanderte und Kranke auf die Straße geworfen worden seien (bekanntlich eine mindestens unerwiesene französische Behauptung), während der deutsche Verfasser kein Sterbenswörtchen einfließen zu lassen weiß von den Schrecklichkeiten, welche Franzosen noch 1807, 1809 und 1813 auf deutschem Boden verübt haben! Man denke nur an Hamburg und — Lübeck!

Gut de—monstrirt Herr Schulze! Nein — nicht gut. Herr Schulze! Herr Schulze! Wie konnten Sie so grenzenlos unvorsichtig sein. Sie halten doch das Verfahren der Napoleon'schen Kriegsknechte gegen die deutschen Befreiungskämpfer für innobel, gemein, insam? Nun — Liebknecht ist Ihrer Meinung. Und — merken Sie jetzt, was für eine Dummheit Sie verübt haben, Herr Schulze?

— O welche Lust Soldat zu sein. In Frankreich wie in Deutschland. Während hier kein Tag vergeht, ohne daß wir von Soldaten-Selbstmorden hören, herrscht dort unter den Soldaten die Selbstmord-Epidemie in so bedenklichem Grade, daß der kommandirende General des 15. Armeekorps einen Tagesbefehl gegen den Selbstmord erlassen hat. „Der Soldat, der Hand an sein Leben legt“, sagt der geistreiche Herr General, „begeht eine Freigebigkeit, sein Leben gehört zuerst Gott und dann dem Vaterland“. Also das Vaterland ist (nach Gott) der wirkliche Eigenthümer des Lebens eines Soldaten — der Soldat hat sein Leben bloß leihweise. Die Logik hinkt stark. Wenn der Eigenthümer einer Sache dieselbe einem anderen borgt, das Darlehen aber dem Empfänger zu einer unerträglichen Last macht, so wirft ihm dieser das zur Last gewordene Darlehen vor die Füße. Und das ist es gerade, was die französischen Soldaten thun, an deren Adresse der Erlaß des Generals Epivent de la Billebrisset — so heißt der sonderbare Schwärmer — sich richtet.

— Arbeitervertreter in England. Der bekannte zum zehnten Whiggenspiegel gewordene Reformirte Bright (ausgesprochen Breit) sprach sich neulich in einer Rede dagegen aus, daß die Arbeiter eigene Arbeiterkandidaten ins Parlament zu bringen suchten; es müsse das zu einer Klassenvertretung führen, die sehr schädlich sein werde. Natürlich, die Klassenvertretung ist nur erlaubt, wenn sie Seitens der bestehenden Klassen mit Anschluß der nichtbestehenden ausgestellt wird. Anlässlich dieser Aeußerung Bright's hat nun der bekannte englische Arbeiterführer Odger (sprich: Odscher) einen Brief John Stuart Mill's veröffentlicht, welchen dieser ihm im Jahre 1870 aus Abignon geschrieben hat. Es heißt in demselben:

„Es ist klar, daß die Whigs beabsichtigen, die politische Gewalt so lange zu monopolisiren, als sie dies, ohne sich irgendwie mit den Radikalen vereinigen zu müssen, thun können. Die Arbeiter haben ganz recht, wenn sie den Tories gestatten, in das Haus (der Gemeinen) zu gelangen, um dieser Ausschlußpolitik der Whigs den Garau zu machen, und sie mögen es thun, ohne irgend ein Prinzip zu opfern. Die Politik der Arbeiter sollte sein, auf ihren eigenen Repräsentanten zu bestehen und Mangel an Erfolg zu gestatten, daß Tories in das Haus geschickt werden, bis die Majorität der Whigs ernstlich bedroht ist, worauf die Whigs natürlich froh sein werden, einen Vergleich zu schließen und erlauben werden, daß einige Arbeitervertreter in das Haus treten; aber sie haben deutlich gezeigt, daß sie dies nicht thun wollen, bis sie dazu gezwungen sein werden oder Plog und Macht an die Tories werden abgeben müssen.“

Wenn Mill sagt, die Arbeiter opferen kein Prinzip, wenn sie durch selbstständiges Vorgehen einem Conservativen den Sieg über einen Liberalen ermöglichen, so hat er entschieden recht; dagegen hat Mill entschieden nicht recht, wenn er Werth darauf legt, daß „einige Arbeitervertreter“ durch Compromiß mit den Whigs ins Parlament gelangen. Die durch solchen Compromiß ins Unterhaus gelangten würden Alles Mögliche sein, nur keine Arbeitervertreter. —

— Staatsreiterisches. Parteigenosse Walster, der erst vor Kurzem eine Haft von drei Monaten abgesehen hat, trat am 16. Februar eine weitere Haft von 4 Wochen an, weil er den be-

kannten Präsidenten v. Müde in einer Rede beleidigt haben soll. Nach Beendigung dieser Haft hat Walster noch eine Strafe von 3 Wochen zu verbüßen, und hat derselbe dann sich zum 25. Male der jährlichen Fürsorge des Staates zu erfreuen gehabt. Es wird also ein Jubiläum, wie es wohl einzig dasteht, zu feiern sein. Heil dem Jubilar! — Wegen Beleidigung des Offiziercorps ist Genosse Kayser aus Dresden in zweiter Instanz zu 4 Wochen Gefängniß verurtheilt. — Genosse PegoId der sich in Dresden bereits 6 Monate in Untersuchungshaft befindet — bleibt sitzen. Der Untersuchungsrichter befürchtet, daß PegoId es vorziehen könnte, vor der Strafvollstreckung zu „verschwinden“. Hat der Herr Untersuchungsrichter, so fragen wir, vielleicht auch daran gedacht, PegoId das Ehrenwort abzunehmen, daß er die Flucht nicht ergreifen würde? Oder hat das Ehrenwort an Gerichtsstelle keine Stätte? Das wäre traurig, aber nicht zu verwundern!

## Correspondenzen.

**Gedern.** Die Parteigenossen hiesigen Orts versammelten sich am 15. v., um über die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Arbeiterfraktionen zu sprechen, und wurde von allen Anwesenden der Wunsch ausgesprochen, daß die Vereinigung beider Fraktionen recht bald zu Stande kommen möge, da nur Einigkeit stark macht. Wir hoffen und glauben, daß die Vereinigung ein großer Fortschritt in der Arbeiterbewegung sein wird, der uns die vorgesteckten Ziele in nicht zu ferner Zeit erreichen lassen wird. Darum, hoch die Vereinigung! Mit sozialdemokratischem Gruß  
Carl Richter, Vertrauensm.

**Augsburg.** Die Mittheilung in Nr. 15 des „Volksstaat“, daß unsere „Frühlingsernte“ Dr. Böll von den sächsischen Reichstreuern als Agitator benützt wird, hat unter den hiesigen Arbeitern große Heiterkeit hervorgerufen. Wie beliebt Dr. Böll bei seinen Landsleuten ist, erhellt schon daraus, daß er in einer 1869 von den Nationalliberalen arrangirten Versammlung im Mohrenkopf für nothwendig fand, den betrogenen und in Folge dessen erbitterten Arbeitern gegenüber auszurufen: „Was habe ich denn gethan, daß Sie mich so mit Ihrem Hass verfolgen!“ Selbstverständlich wurde ihm die gebührende Antwort zu Theil. Wie die sächsischen Reichstreuern dazu kommen, diesen Mann zur Agitation zu benützen, ist uns unbegreiflich, da derselbe wohl bei jeder Gelegenheit gehörig über die Pfaffen zu schimpfen versteht, in einer öffentlichen Versammlung einem Arbeiter gegenüber Rede zu stehen aber nicht den Muth hat. Wir hätten schon lange gewünscht einmal Aug in Aug unserm Freund „Kaffmaus“ in öffentlicher Versammlung gegenüber zu stehen, derselbe beliebt jedoch bloß in Bürgervereinen resp. hinter verschlossenen Thüren aufzutreten. Wie dieser Mann früher über Bismarck und seine Politik urtheilte, kann man aus folgender Thatsache entnehmen. Als die Schleswig-Holstein'sche Frage auf der Tagesordnung stand, verstanden es die sächsischen Nationalliberalen Rauhbein, das Volk für den „angestammten“ Herzog Friedrich von Augustenburg zu begeistern. Auch in Augsburg wurde im Rathhaussaale eine Versammlung zu diesem Zwecke abgehalten, bei welcher Gelegenheit Dr. Böll ausrief: „Er wolle seinen Mund nicht verunreinigen mit dem Aussprechen jenes Namens“. Dieser Name hieß — Bismarck. Und dieser Mann agitirt jetzt in Sachsen gegen unsere Partei? Da hätte er das Fahrjeld dorthin nicht auszugeben brauchen, wenn er die Sozialdemokratie in Augsburg zuerst todgeschlagen hätte, wie Krämer im Traubensaale die Pfaffen. — Doch was schreiben wir lange, Böll hat sich selbst charakterisirt, als er sagte „er habe eine Rhinocerodermis, es greife bei ihm nichts an.“ Ueber solche Gegner — „der Besten Einer“ würde das „Augsb. Anzeigerblatt“ schreiben — können wir getrost zur Tagesordnung übergehen.

**Höppingen, 30. Jan.** In einer der letzten Versammlungen des hiesigen Arbeitervereins fanden unter Anderem auch die Vereinigungsbestrebungen beider Fraktionen der Sozialdemokratie auf der Tagesordnung und wurde zu diesem Punkte folgende Resolution einstimmig angenommen, welche im „Volksstaat“ veröffentlicht werden soll. „Die heute am 10. Januar im Gasthaus zum Löwen tagende Vereinsversammlung beauftragt es mit Freunden, daß endlich von beiden Fraktionen der Sozialdemokratie ein ernstlicher Wille sich kund thut, an Stelle der seitherigen Verhinderung eine einheitliche feste Organisation zu setzen, wodurch nicht nur die bisher fernstehenden Arbeiter sicherer in die Bewegung herein gezogen, sondern auch der kapitalistischen Ausbeutungsfucht ein feinerer Damm entgegen gesetzt wird, und bei öffentlichen Wahlen mehr Erfolge erzielt werden können; sie erklärt sich daher mit den Vorschlägen des „Volksstaat“ einverstanden und sehnt sich nach der Zeit der Verwirklichung der Vereinigung.“

Wie wir schon manchen Erfolg durch unsere Agitation erzielt haben, so kann ich auch heute über einen solchen berichten. Die Krankenhausefrage ist hier seit 12 Jahren bald mehr bald weniger Gegenstand der öffentlichen Erörterung nicht nur eines großen Theils der Arbeiter sondern auch einer Anzahl selbstständiger Gewerbetreibender, weil besonders in den 60er Jahren die Bedienung der Kranken eine ganz mangelhafte und bis auf die neueste Zeit die Kontrolle eine sehr geringe zu nennen war. Vorhand der Verwaltung war der jeweilige Oberamtmann. In mehr als einer Volksversammlung war diese permanente Krankenhausefrage auf der Tagesordnung, es wurde auch immer wieder in der Bedienung etwas gebessert, aber seit mehreren Jahren war das Deficit ein größeres und dadurch die Unzufriedenheit der Steuerzahlenden eine mehr zu Tage tretende. In Folge dessen gingen die bürgerlichen Behörden auf unser Verlangen in der Sache ernsthafter vor, und erreichte es endlich, daß die Verwaltung des Krankenhauses aus den Händen des Oberamtes in diejenigen der städtischen Behörden übergeht; ob dabei den in das Krankenhaus zahlenden Arbeitern und Arbeiterinnen auch zugleich mehr Recht der Kontrolle eingeräumt wird, bleibt noch abzuwarten. Unter allen Umständen werden die Arbeiter gut thun, eine hierauf bezügliche, demnächst stattfindende Volksversammlung zahlreich zu besuchen, um ihre Rechte geltend zu machen.

**Nowawes, 15. Februar.** Gestern fand hier selbst eine von mehreren Hunderten besuchte Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: „Die Bestrebungen der Sozialdemokratie und der deutsche Reichstag“. Referent war Herr Albert Bähle aus Berlin. Nachdem das Bureau aus den Herren K. Wille als erstem, Wolf als zweitem Vorsitzenden und durch Unterzeichneten als Schriftführer gebildet war, ergriff der Referent das Wort und behandelte in einem beinahe 2 1/2stündigen ausgezeichneten und Jedem verständlichen Vortrage obiges Thema unter wiederholten Beifalls-

rufen. Es ist uns unmöglich, das ausführliche Referat hier wiederzugeben, doch sind wir überzeugt, wenn im ganzen Teiltower Wahlkreise so vorgegangen wird, daß bei der nächsten Reichstagswahl ein Arbeiter aus der Wahlurne hervorgehen muß. Wir rufen daher allen Parteigenossen unseres Wahlkreises zu: Setzt Euch, damit ihr zeitig ernten könnt. Folgende Resolutionen wurden eingebracht und einstimmig angenommen: 1) Antrag: Daß die beiden sozialdemokratischen Fraktionen alle 14 Tage eine gemeinschaftliche Versammlung abhalten wollen, wozu alle Freunde der Arbeiter Zutritt haben. 2) Die heutige Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn A. Bähle einverstanden und macht es sich zur Pflicht, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Verwirklichung des Sozialismus einzutreten; ferner macht es sich die Versammlung zur Pflicht, bei der nächsten Reichstagswahl nur einem Arbeiter ihre Stimmen zu geben.“ Es wurde der Wunsch ausgesprochen, Vorstehendes im „Neuen Sozialdemokrat“ und im „Volksstaat“ zu veröffentlichen.  
F. Hoburg, Schriftführer.

## Briefkasten

der Expedition. J. Apple Coburg: Abonnements müssen im Voraus bezahlt werden. Sie können für März auch bei dortiger Post abonniren.

## Notiz

der Expedition. B. Pfl. Köln Schr. 0,60. Wörth Barmen Schr. 15,00. Schly Hamburg Ann. 0,50. Kst hier Ab. 1,20. Brtd Wittweba Schr. 16,24. Stöman Genf Schr. 10,00. Kimmor München Schr. 16,31. Alt Osabrück Schr. 0,35. Trmr R. Gersdorf Schr. 0,50. Geget Berlin Ann. 0,60.

## Fond für Gemahregelte.

B. Arbeiterver. Martrahndt d. R. 6,00, v. S. hier 3,00, v. Club Morgenroth hier d. B. 5,50, v. Gefinnungsgenossen in Remmert bei Reichendach d. F. 2,00.

## Für die Hinterbliebenen Nord's.

B. A. B. hier 15,00, v. Brtd Wittweba 4,40, v. Strzg Sonderhausen 3,00.

## Genossenschaftsbuchdruckerei.

Antheilheine bez. Antheilquittungen expediren ferner: In Leipzig A. L. 30,00.

## Anzeigen etc.

**Berlin** Wahlverein der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Montag, den 22. Februar, Abends halb 9 Uhr: Öffentliche Versammlung bei Carius, Prinzenstraße 72. Tagesordnung: Sozial-politische Rundschau. Referent Heilmann d. Jedermann hat Zutritt.

Donnerstag, den 25. Februar, Abends halb 9 Uhr: **Generalversammlung** bei Carius, Prinzenstraße 72. Tagesordnung: 1) Berichterstattung über die bisherige Thätigkeit. 2) Kassenbericht. 3) Renwahl des Vorstandes und Ausschusses. 4) Antrag Bernsteins auf Errichtung eines Lesezimmers. 5) Verschiedenes. Jedes Mitglied ist verpflichtet zu erscheinen. Zutritt gegen Karte. Der Vorstand. [130]

**Berlin** Allgemeiner Vöthrer- (Klüber-) Verein. Dienstag, den 23. Februar, Abends 8 Uhr: Versammlung im Hülfschen Colale, Landwehrstraße 15. Tagesordnung: Geschäftsreise und Arbeitseinstellung. F. Gragerl. [50]

**Berlin** Die Parteigenossen beider sozialdemokratischen Fraktionen, welche der Sattler-, Tischler- u. c. Branche angehören, werden dringend ersucht, Donnerstag, den 25. Februar, Abends halb 9 Uhr, im Café Polen, Alle Jacobstr. Nr. 83 (im letzten Zimmer) zu einer Besprechung zu erscheinen. B. Birich. C. Jonas. [50]

**Gimsbüttel** Montag, den 22. Februar, Abends halb 9 Uhr: **Große Volksversammlung in Sandjanci.** Tagesordnung: Die Sozialdemokratie und ihre Gegner. Referent: Kurt. Th. Walkerling. [60]

**Hamburg** Montag, den 23. Februar, Abends halb 9 Uhr: in Lütges H. Saale, Valentinstamp 41: Öffentliche Versammlung sämtlicher Klempner und Berufsgenossen. Tagesordnung: Die Hamburger Schiedsgerichte und die Einigungsämter. Referent: Kurt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht L. Stoffel. [60]

**Hannover** Montag, den 1. März, Abends 8 Uhr, auf Bella-Vista: **Hall des Schnurdervereins.** Freunde können eingeführt werden. Das Comité. [125]

**Hannover** Montag, den 22. Februar, Abends 8 Uhr: Sozialdemokratischer Wahlverein. Geschlossene Mitgliederversammlung bei Herrn Mertzig. Abrechnung und Verschiedenes. O. Rudolph. [50]

**Leipzig** Allgemeiner deutscher Schneiderverein. Montag, den 23. Febr., Abends 8 Uhr: Versammlung bei Jacob, Petersstraße 15 (goldener Baum). Tagesordnung: Soziale Rundschau. Referent Reizels. Vereinsangelegenheiten und Fragelasten. Gäste willkommen. D. B. [60]

**Leipzig** Der Arbeiterbildungsverein. Jeteri Sonnabend, den 27. Febr., in den Räumen des Tonhalle sein

## 14. Stiftungsfest

bestehend in Jahresbericht des Vorstehenden, Festrede von Hrn. B. Liebknecht, Concert und Ball. Mitglieder, Freunde und Gönner des Vereins sind dazu freundlich eingeladen. Der Vorstand. [250]

**Reuschönefeld u. Umg.** Arbeiterverein. Jeden Montag, Abends 8 Uhr: Versammlung im Bergschloßchen. Der Vorstand. [30]

Wir empfehlen den Lesern des „Volksstaat“, sowie überhaupt einem Publikum, daß sich für die heutigen gesellschaftlichen Zustände interessiert das Lesen der in unserem Verlage in Berlin erscheinenden

**„Social-Politischen Blätter“** zum **Abonnement.**

Der Abonnementspreis beträgt für wöchentlich einmalige Lieferung pro Quartal 10 Sgr., pro Monat 4 Sgr. Abonnementspreis in Monatsheften ist 4 Sgr. pro Heft.

Colporteurs und Buchhändler erhalten entsprechenden Rabatt. Bestellungen nehmen alle Buchhändler und Colporteurs, sowie Wochenlesungen auch alle Postanstalten entgegen. Berlin im December 1874. (w.)

Redaktion und Expedition des „Neuen Social-Demokrat.“

Verantwortlicher Redacteur: R. Seiffert. Redaktion Gehestr. 4, Expedition Gehestr. 44, in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

\*) In hier in Sachsen längst geföhrn. Nach der Blamage in Chemnitz, das Plasco in Weierane, wo der gewaltige Vauhredner von „gemeinen Arbeitern“ so läss abgetafelt ward — das ist selbst für eine „Rhinocerodermis“ zu viel. R. v. B.

\*) Krieg bis zum Aushern.